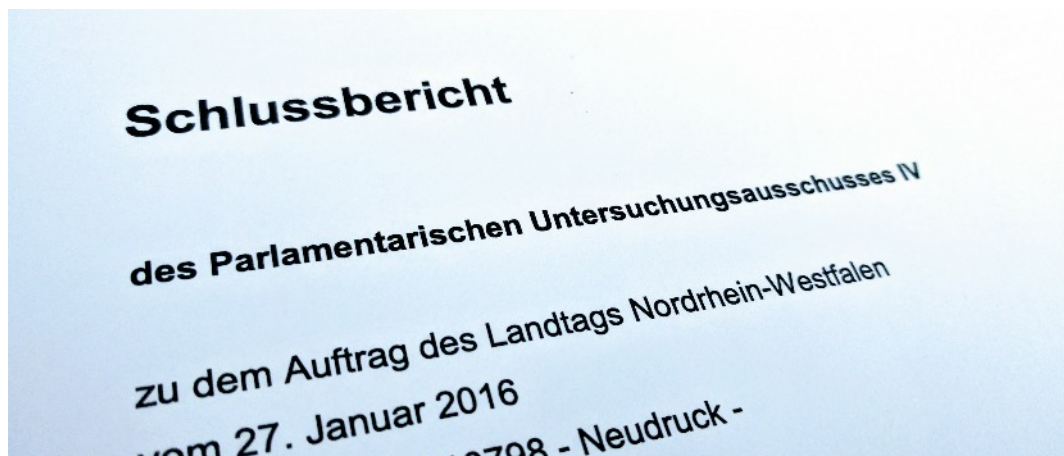


Parlamentarischer Untersuchungsausschuss legt Bericht zur Silvesternacht 2015 vor



In seiner Sitzung am 5. April hat der Landtag den Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV zur Silvesternacht 2015/16 beraten. Nach 59 öffentlichen Sitzungen, 178 Zeugenvernehmungen und 1.064 beigezogenen Akten ist der Untersuchungsausschuss zu der Erkenntnis gelangt, dass der Einsatz auf der Domplatte und um den Dom herum nicht sachgerecht geprüft worden ist: keine enge Zusammenarbeit zwischen Landespolizei, Bundespolizei und Ordnungsbehörde, ganz erhebliche Fehler bei der Kommunikation und keine Anforderung weiterer Einsatzkräfte.

Insbesondere das fehlende frühzeitige und entschlossene Eingreifen der Schutz- und Ordnungskräfte, also die mangelnde konsequente Verfolgung erster Straftaten sowie die frühe Räumung und Sperrung größerer Flächen, habe einen „fatalen Sogeffekt“ nach sich gezogen, der eine „kriminelle Dynamik, Gruppenverhalten und sexuelle Gewalttaten“ auslöste (S. 1119). Diese Mängel hätten bei sachgerechter Einschätzung der Lage vor Ort jedenfalls die Intensität und das Ausmaß der Straftaten erheblich reduzieren können.

Natürlich werden die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses auch für den Wahlkampf instrumentalisiert. CDU und FDP versuchen, die Verantwortung der Landesregierung zuzuschieben. Insbesondere auf Innenminister Jäger haben sie immer wieder ins Visier genommen, konnten für ihre Anschuldigungen aus Sicht von SPD, Grünen und Piraten letztlich aber keine Beweise vorlegen.

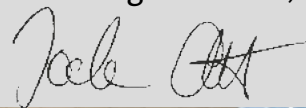
- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

dies war das letzte Plenum in der 16. Wahlperiode. Mit dem PUA zu Silvesternacht 2015/2016 und dem PUA NSU legten dabei gleich zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihre Abschlussberichte vor. Dazu mehr in dieser Ausgabe von Martin Börschel und Andreas Kossiski.

Ein letztes Mal durften wir uns außerdem über den Besuch von Gruppen aus den Wahlkreisen freuen und gemeinsam mit unseren Gästen diskutieren. Nach der Osterpause beginnt nun für uns die „heiße Phase“ für den Landtagswahlkampf. Wir freuen uns über Ihre und Eure Unterstützung dabei und auf ein Wiedersehen an dieser Stelle im Juni ;-)
Viel Freude beim Lesen!

Für die Abgeordneten,




Die Kölner SPD-MdL

Für die Kölner Landtagsabgeordneten war Martin Börschel als stellvertretender Vorsitzender Mitglied des Untersuchungsausschusses. „Der Ausschuss war ein wichtiges parlamentarisches Instrument der Aufklärung der schrecklichen Ereignisse. Ich persönlich bedaure, dass über die vielen Detailfragen das Leid der Opfer nicht immer im Zentrum stand. Ziel muss es sein, dieses für die Zukunft unbedingt zu verhindern und geeignete zu Schlüsse ziehen, um eine Wiederholung der schlimmen Silvesternacht 2015/16 künftig zu verhindern. Wie gut das klappen kann, hat sich Silvester 2016/17 schon gezeigt. In die Planung des erfolgreichen Einsatzes waren auch Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss eingeflossen.“

Weiterlesen:

[Anschlussbericht](#)

Pressemitteilung von Andreas Kossiski vom 06.04.2017:

Der PUA NSU erkennt massiven Handlungsbedarf

Der nordrhein-westfälische Landtag hat sich am 06. April mit dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum NSU-Terror beschäftigt. Dazu erklärt Andreas Kossiski, SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss:

„Die festgestellte Aneinanderreihung individueller Fehler oder Fehleinschätzungen von der Sachbearbeitungs- bis hin zur Führungsebene, die insgesamt zu gravierenden Fehlern bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz geführt haben, dürfen sich nie wieder wiederholen.“



Andreas Kossiski Mdl

Deshalb wird sich die SPD für die zügige Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Handlungsempfehlungen des Abschlussberichts einsetzen. Sie sind wichtige Ergänzungen der bereits erfolgten Änderungen des Polizeigesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsterrorismus (2012), der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes (2013) und des integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus (2015).

Erforderlich ist auch eine bessere Verzahnung zwischen Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft, um externes Fachwissen zu Fragen der Entwicklung von Gewaltbereitschaft und Radikalisierung, Extremismus und Demokratiefindlichkeit in der Gesellschaft in die Arbeit der Sicherheitsbehörden einfließen zu lassen.“

Anschauen:

[Video-Statement](#)

Weiterlesen:

[Anschlussbericht](#)

Schülerinnen und Schüler fit machen für die Digitalisierung #NRWIR

In der letzten Plenarwoche wurde im Landtag über die Stärkung des Fachs Informatik im Bereich der schulischen Bildung diskutiert. Gemeinsam mit den Fraktionen der Piraten und Bündnis 90/Die Grünen hat die SPD sich für die Stärkung von Informatik deutlich ausgesprochen. Dabei ist es wichtig, dass mehr ausgebildete Informatiklehrende eingestellt werden, die auch über einen akademischen Abschluss in diesem Bereich verfügen. Besondere Beachtung soll dabei auch die gezielte geschlechtsspezifische Ansprache bei Schülerinnen sein, die durch einen ansprechenden Informatikunterricht motiviert werden sollen für ein Studium der Informatik zu beginnen.



Bild: Dieter Schütz / pixelio.de

Zusätzlich soll Großbritannien dem Projekt „Informatik an Grundschulen“ als Vorbild dienen. Dort werden bereits in der Grundschule technische Geräte integriert, die den Kindern dabei helfen sollen den Umgang mit der Technik zu erlernen. Ein Gerät, das sich dafür sehr gut eignet und gerade für jüngere Kinder sehr interessant ist, ist der Kölner Mini Computer *Calliope Mini*.

Das Calliope Mini ist ähnlich wie der Raspberry Pi, ein kleines Computer Mainboard, auf welches man über eine Website namens calliope.cc kleine selbstprogrammierte Programme übertragen kann. Calliope Mini ist bereits im Saarland flächendeckend im Einsatz und weitere Bundesländer haben großes Interesse an einer Einführung bekundet. In NRW und besonders in Köln setzt sich die SPD ebenfalls für eine flächendeckende Ausstattung der Grundschulen ein.

Pressemitteilung vom 7.04.2017

Befristete Stellen bei der Kölner Polizei

- dazu erklären Martin Börschel und Andreas Kossiski im Namen der Kölner Landtagsabgeordneten:

Wir nehmen die Bedenken der Kölner Polizei ernst und setzen uns wie bereits zu Beginn der Debatte dafür ein, dass die 2016 zur Entlastung der Polizeivollzugsbeamten auf zwei Jahre befristet eingestellten Tarifbeschäftigten entfristet werden. Das betrifft auch alle vorgesehenen Einstellungen bis 2024. Eine sofortige Schaffung von Planstellen war wegen der Eilbedürftigkeit bei der Umsetzung dieser Maßnahme nicht möglich.

Dies kann und muss jedoch eine haushaltsrechtliche Entscheidung des neu zu wählenden Landtags nach Mai 2017 sein. Dafür wird eine starke SPD-Landtagsfraktion mit sieben Abgeordneten aus Köln Sorge tragen.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Die betroffenen Beschäftigten stehen dem Polizeipräsidium noch bis 2018 zur Verfügung und sollten dann aus unserer Sicht unbefristete Arbeitsverträge erhalten.

Die Entscheidung zur Einrichtung dieser Stellen ist - im Übrigen gegen die Stimmen von CDU und FDP - im Rahmen des 15-Punkte-Programms der Landesregierung als Konsequenz der Silvesternacht getroffen worden. Ziel war eine sofortige spürbare Entlastung der Kölner Polizei und die Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz.

Die aktuelle Diskussion belegt, dass dieser Beschluss absolut richtig und notwendig war.

Festzuhalten ist, dass gerade wir als Kölner Abgeordnete diese zusätzlichen Stellen gefordert und umgesetzt haben.

Pressemitteilung vom 13.04.2017:

Städtebauförderung auf Rekordniveau - Auch die Stadt Köln profitiert mit 1,4 Millionen Euro

Im Namen der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten erklärt Jochen Ott zur Veröffentlichung des Städtebauförderprogramms 2017 durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr:

„Das aktuelle Städtebauförderprogramm des Landes ist mit einem Volumen von 430 Millionen Euro auf Rekordniveau. Davon profitiert auch die Stadt Köln mit 1,4 Mio. €. Mit dieser Hilfe wird es möglich, unser wichtiges stadtentwicklungspolitisches Projekt in Köln-Lindweiler, wo Fuß- und Radwege im Bereich Pingenweg sowie S-Bahnstationen aufgewertet werden und der Platz am Marienberger Hof umgestaltet wird, mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ zu realisieren. Gleichzeitig ist es mithilfe des Förderprogramms „Starke Veedel – Starkes Köln“ gelungen, Landesmittel für die Stadtteile Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord zur Neugestaltung von Spielplätzen auf der Osloer und Kopenhagener Straße sowie für die Unterstützung privater Baumaßnahmen zur Verbesserung des Stadtbildes bereitzustellen. Ebenfalls mithilfe Förderprogramms „Starke Veedel – Starkes Köln“ stehen nun auch in Buchheim, Buchforst und Mülheim-Nord Landesmittel für die Unterstützung privater Baumaßnahmen zur Verbesserung des Stadtbildes bereit. Das wird ein riesiger Gewinn für unsere Stadt.

Grundlage für diese effektiven Hilfen ist die gute Zusammenarbeit von Landesbauminister Michael Groschek (SPD) mit Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD). Sie stehen für die praxisgerechte Ausrichtung der Förderprogramme. Bund und Land halten Wort, wenn es um eine verlässliche Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung geht – und das auf sehr hohem Niveau.

Für Köln wird es in Zukunft jedoch entscheidend sein, dass seitens der Stadt auch genügend qualifizierte Anträge gestellt werden, um von Landes- und Bundesmitteln zu profitieren (z.B. für den Umbau Porz-Mitte, Meschenich und andere Projekte).“

Ingrid Hack begrüßte Besuchergruppe im Landtag:

Überraschungsgäste beim Gruppenfoto

Zwei Kurse aus dem Berufskolleg Südstadt – übrigens eine Europaschule – besuchten am vorletzten Plenartag das Landesparlament und diskutierten mit mir u.a. über BaFöG-Fragen, die Schwierigkeiten, mit der DB aus dem Umland in die Südstadt zu kommen, über das Schulsystem und wie Politik für Jugendliche interessant(er) werden kann. Ich konnte mich wieder einmal davon überzeugen, dass Jugendliche, anders als oft behauptet wird, sich sehr für Politik interessieren! Wichtig ist, dass sie ihre Fragen stellen und einbringen können – natürlich nicht nur vor Wahlen. Wie immer bat ich die SchülerInnen, „übriggebliebene“ oder auch neue Fragen gern an mich oder andere Abgeordnete zu schicken und den Kontakt zu PolitikerInnen aktiv zu suchen. Auch das gilt immer, nicht nur vor Wahlen.

Auf der Treppe fürs Gruppenfoto begegneten uns Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans, die spontan mit aufs Bild kamen. Unser Finanzminister nahm sich auch noch ein paar Minuten Diskussionszeit extra. Das wiederholen wir gern!



Überraschungsgäste: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Finanzminister Norbert Walter-Borjans mischten sich beim Gruppenfoto unter die Berufsschülerinnen und –schüler.

Interessierte Besuchergruppe bei Jochen Ott



Letzte Gruppe in dieser Legislaturperiode besuchte Jochen Ott

Am 6. April hatte Jochen Ott wieder eine Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis in den Düsseldorfer Landtag eingeladen. Mit großem Interesse verfolgten 42 Gäste eine Stunde lang die Plenarsitzung von der Zuschauertribüne aus.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden viele Fragen zum Verkehrskonzept Porzer Süden gestellt, die Jochen ausreichend beantworten konnte. Bis jetzt haben bereits über 1.100 Gäste auf Einladung von Jochen Ott den Landtag besuchen können.

Das war er – unser letzter Newsletter für die 16. Wahlperiode!

Wir wünschen Ihnen und Euch frohe Ostertage und gute Erholung. Nach den Osterferien starten wir mit diesem Team in den Wahlkampf für die Landtagswahl am 14. Mai.



Jochen Ott, Martin Börschel, Lisa Steinmann, Andreas Kossiski, Susana Dos Santos, Ingrid Hack und Gabriele Hammelrath

Unser Genosse und langjähriger Landtagsabgeordneter Stephan Gatter, der nicht erneut kandidiert, wird am 07. Mai beim Frühjahrsempfang im Stadtbezirk Kalk gebührend verabschiedet. Die Einladung folgt auf der letzten Seiten. Prominenter Gastredner ist Landesminister Michael Groschek.

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an koelnerspdmdl@landtag.nrw.de.

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de



Einladung Frühjahrsempfang



Frühjahrsempfang SPD Stadtbezirk Kalk

**Zum Abschied eines Kalker Urgestein: Auf ein Kölsch mit Stephan Gatter
mit Gastredner**

**Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes NRW**

**Am 07.05.2017, 10 Uhr, eXcellent,
Kalker Hauptstr. 247 (Bezirksrathaus Kalk) an Haltestelle Kalk Kapelle.**

Weitere Gäste:

Jochen Ott, MdL, Vorsitzender KölnSPD ; Martin Dörmann, MdB

Susana dos Santos; Landtagskandidatin; Marco Pagano, Bezirksbürgermeister Stadtbezirk Kalk

Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Bitte um Anmeldung unter:

Bürgerbüro Kalk, Kalker Hauptstr. 212, 51103 Köln, frank.heinz@landtag.nrw.de



www.spd-kalk.de



SPD im Stadtbezirk Köln-Kalk